„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

18. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 28. Januar 1925 | 12 Seiten | Nummer 12

Das Deutschtum in Westcanada

Von Prof. Alfred Stimpfel, Concordia College, Edmonton, Alta.

Alle Zeichen scheinen darauf hinzudeuten, daß uns in diesem Jahre eine Dominionwahl bevorsteht. Der Redakteur des vielgelesenen „Maclean's Magazine" ist so fest davon überzeugt, daß eine solche Wahl stattfinden wird, und zwar höchstwahrscheinlich schon im kommenden Juni, daß er bereit ist, seinen Hut gegen eine deutsche Papiermark darauf zu wetten.

Auch hier in Alberta hört man allerlei Mutmaßungen bezüglich einer bevorstehenden Provinzialwahl. Die vielleicht auch noch in diesem Jahr, sicher aber im nächsten zu erwarten sei.

Nach dem Bericht des Zensusbureaus in Ottawa haben wir in Alberta eine deutsche Bevölkerung von 35,333. Nur Engländer, Schottländer und Irländer sind zahlreicher vertreten als wir. Sogar die Franzosen mit 30,913 stehen hinter uns zurück. Außerdem ist zu bemerken, daß diese Zahlen für die deutsche Bevölkerung jedenfalls zu niedrig angegeben ist. 1911 bildeten die Deutschen noch 5.46 Prozent der ganzen Bevölkerung Canadas, in 1921 nur noch 3.30 Prozent. So viele Deutsche haben in diesem Dezennium Canada nicht verlassen, im Gegenteil: Tausende von deutschen Einwanderern aus Deutschland, Oesterreich, Rußland und den Vereinten Staaten haben in den Jahren 1911, 1912, 1913 und anfangs 1914 sich gerade hier in unserem Westen niedergelassen und ihr Heim gegründet. Viele Deutsche sind darum jedenfalls bei der letzten Zensusaufnahme als Oesterreicher oder Russen oder unter sonst einer Rubrik eingetragen worden.

In Saskatchewan steht das Verhältnis noch mehr zu Gunsten der Deutschen. Die deutsche Bevölkerung zählt dort 68,202. Aber auch da gilt gewiß, was von Alberta gilt, nämlich, daß auch da die Zahlen zu niedrig angegeben sind.

Die deutsche Bevölkerung steht darum nach der britischen an zweiter Stelle in den beiden genannten Provinzen, was Zahlen betrifft.

In Bezug auf Pionierarbeit aber stehen wir Deutsche nicht an zweiter, sondern mit an erster Stelle. Im Jahre 1891 zählte die ganze Bevölkerung für das damalige „Northwest Territory", das heutige Saskatchewan, Alberta, Yukon und Northwest Territories, nur 98,157. Indianer und Halfbreeds mitgezählt. Schon vordem aber, waren größere Kolonien deutscher Einwanderer nach unserem Westen gekommen. So die Vorposten der großen Stony Plain Kolonie, die schon im Jahre 1889 sich in Alberta niedergelassen hatten. Die älteresten Pioniere der schönen Pincher Creek Gegend waren Deutsche, die sich schon 1882, also vor dem Bau der Eisenbahn, dort angesiedelt hatten. Im Süden bei Medicine Hat, im Norden bei Beaver Hills und Bruderheim, bei Leduc und Umgegend, bei Bismark, Mellowdale, Wetaskiwin und Umgegend und an vielen andern Plätzen gehörten die Deutschen mit zu den ersten, die es wagten, hinauszugehen in die Wildnis, um Busch und Moorland eine Besitzung abzuringen. Und sie haben es nicht bloß versucht, wie so viele unserer englischen Nachbarn, um nach kurzem Versuch nach den Städten zurückzukehren, um dort an der Krippe der Regierung oder auf einem fetten Posten der Stadtverwaltung ein leichtes Leben weiter zu führen, sondern sie haben ausgehalten und durch Schweiß und Schweigen eine Wildnis nach der andern in die schönsten und blühendsten Gegenden unserer Provinz verwandelt.

Was von Alberta gesagt werden kann, gilt auch von Saskatchewan und Manitoba. Ja, besonders in Manitoba finden wir die Deutschen noch ganz bedeutend früher. Man denke z. B. an Dr. Schultz, der in den ernsten Tagen von 1870 eine so mächtige Rolle spielte. In 1880 wurde schon Der Nordwesten gegründet.

Doch, was hat das mit den bevorstehenden Wahlen zu tun? Nun, dies: Trotzdem die Deutschen hier in unserem Westen so zahlreich vertreten sind, trotzdem sie im vollsten Sinne des Wortes mit den Eidgenossen in Schillers Tell sagen können:

Wir haben diesen Boden uns erschaffen
Durch unserer Hände Fleiß, den alten Wald,
Der sonst der Bären wilde Wohnung war,
Zu einem Sitz für Menschen umgewandelt;
Die Brut des Drachen haben wir getötet,
Der aus den Sümpfen giftgeschwollen stieg;
Die Nebeldecke haben wir zerrissen,
Die ewig grau um diese Wildnis hing,
Den harten Fels gesprengt über den Abgrund
Dem Wandersmann den sichern Steg geleitet:
Unser ist — der Boden durch Besitz."

Welchen Anteil aber haben wir an der Regierung oder der Verwaltung dieses Landes, das wir unter schaffen haben?

Kein Deutscher sitzt im Rate der Verwaltung unserer größeren Städte. In den Schulbehörden treten Deutsche vielfach vor Engländern, Schotten oder gar Russen zurück, selbst in solchen Gegenden, wo die Deutschen in der Mehrheit sind. In unserem ehrwürdigen Parlament hier in Edmonton sitzt ein Deutscher. In Ottawa haben wir 12 Mer-

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Ernennung eines Alkoholkommissärs für Saskatchewan

Beschleunigte Durchführung des neuen Gesetzes zu erhoffen.

Regina. — Der bisherige stellvertretende Provinzialsekretär, Dr. W. M. Amos, ist zum Alkoholkommissär von Saskatchewan ernannt worden. Er verkörpert in seiner Person den im neuen Alkoholgesetz vorgesehenen Saskatchewan Liquor Board, der aus ihm allein besteht. Dr. Amos übernimmt damit einen schwierigen und verantwortungsvollen Posten. Denn die Befugnisse des Liquor Board sind außerordentlich weitgehend. Er hat zwar schon in früheren Jahren unter dem Alkoholgesetz von 1917 als stellvertretender Kommissär mancherlei Erfahrung gesammelt, die ihm bei der Organisation und Verwaltung des neuen Systems gute Dienste leisten dürfte.

Dr. Amos ist in Hastings, Ontario, geboren und kam nach Beendigung seiner Studien im Jahre 1902 in den Westen, wo er zunächst in Lloydminster lebte. Geschäftliche Interessen verbanden ihn mit Prince Albert, wohin er später übersiedelte. Von dort kam er 1914 nach Regina. In seiner neuen Stellung erhält Dr. Amos einen Jahresgehalt von $7200. Sein bisheriger Posten wird nach Auslage von Hon. Dr. J. M. Uprich mit einem Manne aus dem Beamtendienst besetzt werden.

Dr. Amos erklärte, daß er dafür sorgen wolle, das neue Gesetz möglichst bald in Kraft treten zu lassen. Nur mußten die notwendigen Vorbereitungen dazu erst beendigt sein. Der Anfang mit der Einrichtung der Alkoholverkaufsstellen wird in den großen Städten gemacht werden. Wenn dann die Zentralorganisation vollendet ist, werden auch die ländlichen Distrikte mit den Bierstores der Regierung ausgestattet werden.

Premier von Manitoba über die Hudsons Bay-Bahn

Nicht Provinzialsache, sondern Dominionsache.

Winnipeg. — Im Anschluß an die Thronrede entwickelte sich in der Legislatur von Manitoba einigem Teil recht lebhafte Debatte, die namentlich durch einen Angriff des Konservativen F. G. Taylor auf den Abgeordneten im Dominion Parlament, R. A. Hoey, charakterisiert war. Hoey hatte auf der Tagung der United Farmers von Manitoba in Brandon deutliche Warnungen an den Osten gerichtet und sogar mit einer Abtrennung des Westens gedroht. Gegen diese Aeußerungen wandte sich der Konservative Taylor.

Premier Bracken erklärte dazu, daß er nicht für die Rede des Abgeordneten Hoey verantwortlich zu machen sei. Dann ging er auf die Frage der Hudsons Bay Bahn über. Seine Meinung geht dahin, daß es nicht Sache der Provinzialregierungen sein könne, diese Linie fertigzustellen, sondern eine Aufgabe der Dominion Regierung sei und bleibe. Wenn Nova Scotia seine eigenen Häfen, Ontario seinen Welland Kanal und Britisch Columbia seine Hafenanlagen ausbauen würde, dann wolle er auch die westlichen Provinzen auffordern, die Hudsons Bay Bahn zu vollenden.

Der Premier kündigte ferner die Einrichtung eines Bureaus zur Entwicklung der Naturschätze und der industriellen Möglichkeiten an. Eine Untersuchung der Naturschätze werde vorgenommen werden. Hinsichtlich der Rückgabe der Naturwerte von der Bundesregierung an die Provinzen könne Manitoba nicht die nämliche Stellung einnehmen wie Alberta. Denn die meisten Naturwerte von Manitoba seien bereits vergeben, während in Alberta noch weite Strecken von Kohlen und Oelländereien in den Händen der Krone seien.

Premier Bracken griff schließlich auch auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse der Provinz ein und betonte die Notwendigkeit eines besseren Verständnisses für die Vermarktungsfrage und für die Bedürfnisse der verschiedenen Märkte. Ein Vermarktungsgesetz solle diesen Anforderungen gerecht werden und die genossenschaftliche Vermarktung unterstützen.

Australien und der Zollvertrag mit Canada

Angst vor ausländischer Konkurrenz.

Melbourne, Australien. — Der Zollvertrag, den Australien mit wechselseitiger Wirkung mit Canada abgeschlossen hat, wurde anfänglich mit großem Enthusiasmus begrüßt. Das Bundesparlament nahm ihn mit 35 gegen 7 Stimmen an. Es scheint aber, als ob sich die daran geknüpften Hoffnungen nicht erfüllt haben, denn die Stimmen aus Australien werden sich bestimmt.

Nach die Handelskammer von Melbourne erklärt jetzt, daß Australien durch die Annahme des Vertrages wenig gewonnen hätte, da die Vorteile dabei meistens Canada zu gute gekommen wäre. Rosinen und Korinthen waren die einzigen Waren, die im Handelsverkehr mit Australien einen Gewinn einbrachten.

Der preußen Zollpolitik Australiens ist vor einiger Zeit der gemäßigte eingeschlagene Handels- und Zollminister Chapman zum Opfer gefallen, um dem schroffen Protektionisten Pratton Platz zu machen. Wie man hier über die Einfuhr aus anderen Ländern, als Großbritannien denkt, sagt ein Satz aus einem Artikel des „Australian Manufacturer": „Zur Sanierung unserer Wirtschaft gibt es nur ein Mittel und zwar die Errichtung einer Zollmauer gegen fremde Nationen mit etwa 150 Prozent des Warenwertes." Diese Politik, die Pratton mehr und mehr in die Tat umsetzt, hat den Zweck, die während des Krieges stark entwickelte, aber auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähige australische Industrie zu schützen. Sie versieht den heimischen Produzenten mit überteuerten Waren und setzt, da das teuere australische Fertigprodukt auf dem Weltmarkte nicht verkäuflich ist, einen enormen Export von Rohstoffen, wie Wolle und Weizen, voraus. Die Gegner dieser Zollpolitik erklären, daß sie mit der Ueberzahlung der australischen Wolle stehe und falle.

Ebenso wie auf ihrer Zollpolitik hält die Regierung auch an der Po-

Wheat-Board-Ueberschuß gelangt endlich zur Verteilung

Saskatchewan, Manitoba und Alberta haben Anspruch auf größte Teile.

Der langjährige Streit um die Herausgabe des Gewinnüberschusses aus dem entschlafenen Wheat Board scheint nun eine befriedigende Lösung für die Provinzen zu finden. Der Nachlaß beläuft sich auf etwa $560,000, die in dem Staatsschatz in Ottawa deponiert sind. Die Gelder wurden aus Weizenverkäufen des Wheat Boards während des Krieges bis zum Jahre 1919 gewonnen. In den letzten Jahren wurde von verschiedenen Stellen mehrfach die Verteilung der $560,000 gefordert, aber alle Versuche stießen in Ottawa auf taube Ohren. So erging es auch den Wheat Pools, die das Geld gerne zum Ausbau ihrer Organisation verwendet hätten. Damals erklärte der Finanzminister Robb, die Regierung wolle den Betrag als Sicherheit für das den Farmern des Westens vorgestreckte Saatgetreide behalten.

Sonst man das jetzt erfahren konnte, treffen von diesem Gelde auf Saskatchewan 50.75 Prozent, auf Alberta 20 Prozent, auf Manitoba 23 Prozent, auf Ontario 4.75 Prozent und auf Quebec 1.15 Prozent.

Der Finanzminister ist ermächtigt, mit der Verteilung des Wheat Board-Ueberschusses zu beginnen.

* * *

Da das Geld aus den Ernteerträgen der Farmer gewonnen wurde, ist es nicht mehr als recht und billig, daß der Betrag auch wieder den Farmern zu Gute kommt. Eine sehr zweckmäßige Verwendung wäre es vielleicht, wenn man damit den Farmern in den ausgetrockneten Distrikten des canadischen Westens unter die Arme greifen und ihnen zur Beschaffung von Saatgut für die nächste Feldbestellung behilflich sein würde.

Ausdehnung der Poolbewegung in Alberta

United Farmers of Alberta und Vermarktungsfrage.

Calgary. — Die Jahresversammlung der United Farmers of Alberta, welche in den letzten Tagen in Calgary stattfand, war von über 500 Delegaten besucht, die von dem Leutnant Gouverneur R. G. Brett und von Premier Greenfield begrüßt wurden. R. G. Brett bezeichnete in seiner Ansprache die genossenschaftliche Tätigkeit als das große Problem des Tages. Premier Greenfield hob Alberta schlug in dieselbe Kerbe und meinte, die kooperative Getreidevermarktung sei in Canada infolge der Bemühungen der Farmerorganisationen fest verankert. Die Regierung verstehe die Bedeutung dieser Frage und leihe gerne ihre Hilfe dazu. Die Alberta-Regierung wolle ferner dänische Schweine einführen, um in Canada eine Schweinezucht zu entwickeln, welche die Konkurrenz mit dem dänischen Schweinefett auf dem Weltmarkt aufnehmen könne.

Die Mitgliederzahl der Vereinigung ist von 11,828 im Jahre 1923 auf 15,065 im Jahre 1924 gestiegen. Die Höchstzahl von Mitgliedern hatte die Vereinigung im Jahre 1921, als sie 37,721 zählte.

Präsident Wood bezeichnete in seiner Ansprache die genossenschaftliche Zusammenarbeit zu politischen und wirtschaftlichen Hinsicht als das Hauptterfordernis für die Farmer Westcanadas. Besonderen Nachdruck legte er auf die Vermarktungsfrage. Das System sei noch nicht fest begründet, sondern stehe erst in den Anfangsstadien. In dieser Arbeit müsse fortgefahren werden. Das Hauptziel sei, einen Ausgleich zwischen den Preisen für die Farmprodukte und denen für die Bedarfsartikel der Farmer zu erreichen. Auch H. W. Wood glaubt daran, daß es möglich sein werde, die Poolbewegung auf die ganze weizenbauende Welt auszudehnen. Erst dann werde der Far-

mer dieselbe Bedeutung auf dem Markte wie der Kaufmann haben. Er förderlich wirkte zu diesem Zwecke, daß die Pools allmählich sich auch die Kontrolle über die Lager- und Transportmittel verschaffe.

Der Präsident berührte auch das politische Gebiet und deutete die Möglichkeit einer Neuwahl vor der nächsten Konvention an. Die United Farmers of Alberta seien eine Klassenorganisation und müßten sich daher auch um politische Fragen kümmern. Weiterhin solle die Vereinigung auch dahin streben, mit den städtischen und industriellen Kreisen zu einer gemeinsamen Arbeit zu gelangen. Aber hier sei es vor allem Sache der städtischen Bevölkerung, den Farmern mehr Verständnis als bisher entgegenzubringen.

Zur weiteren Verlauf der Versammlung wurde die Gründung von Pools für Futtergetreide, für Vieh, Milchprodukte, Eier und Geflügel beschlossen. Die Pools sollen unabhängig voneinander bestehen und auf der Grundlage der fünfjährigen Kontrakte aufgebaut sein. Im Zusammenhang damit wurde

scharfe Kritik an der niedrigen Weizengradierung seit der letzten Ernte geübt. Der Alberta Wheat Pool wurde aufgefordert, sich um die Erwerbung seiner eigenen Elevatoren zu bemühen.

Die Spannungen innerhalb der progressiven Partei und die Aufspaltung der radikalen Gruppe im Dominionparlament warten auch ihre Schatten in die Konvention der United Farmers of Alberta, zumal die Radikalen gerade dort ihren Hauptsitz haben. Trotzdem gelang es aber dieser Gruppe nicht, mit ihren Ansichten durchzudringen. Es wurde vielmehr öffentlich erklärt, daß die Vereinigung an ihren alten politischen Grundsätzen festhalte. Unter Umständen kann sogar ein Ausgleich zwischen den beiden politischen Richtungen innerhalb der progressiven Partei in Alberta die Folge der Konvention sein.

Wood wurde als Präsident wiedergewählt.

Premier Dunnings Reise nach Ottawa

Regina. — Premier Dunning von Saskatchewan ist nach Ottawa gereist, um dort persönlich die von der Legislatur angenommenen Resolutionen hinsichtlich der Tarif- der Freigrenzen und der Hudsons Bay Bahnfrage zu überreichen. Er wird die Gelegenheit benützen, um all diese Fragen und andere Probleme des Westens mit der Dominionregierung gründlich zu besprechen.

Zwei Riesenbrände in Saskatoon

Ungeheurer Schaden angerichtet. Eine Frau vermißt.

Saskatoon, 26. Jan. — Zwei Riesenbrände suchten am Samstag und Sonntag die Stadt Saskatoon heim. Das erste Großfeuer brach am Samstag früh in „Drinkle and Grain Buildings" und das andere am Sonntag früh in Western Grocers Ltd. aus. Den schwersten Schaden richtete der erste Brand an, während der zweite nur etwa $20,000 verursachte. Insgesamt wird der Verlust auf annähernd $300,000 geschätzt.

Die Feuerwehr war über zwölf Stunden mit der Bekämpfung des wütenden Elements im Drinkle Block beschäftigt und mußten außerdem noch sechs Stunden auf Wache bleiben, bis ein weiterer Alarm sie an die andere Brandstätte führte. Zwei Feuerwehrleute wurden bei ihrer heldenmütigen Rettungsarbeit schwer verletzt und mußten in das Hospital verbracht werden. Besonders gefährlich war es, als das Eisengerüst ins Wanken geriet und die Backsteine aus einer Höhe von sechs Stockwerken niederfielen. Glücklicherweise kamen dabei keine weiteren Verletzungen vor.

Tiefbedauerlich ist der Verlust eines Menschenlebens. Die 40jährige Frau des Hausmeisters Thomas Simmonds wird vermißt und man nimmt daher an, daß sie in den Flammen umgekommen ist. Ihr Mann, der ihre verzweifelten Hilferufe hörte, stürzte noch einmal in das brennende Gebäude hinein, wurde aber von Rauch überwältigt und konnte nicht bis zu der Stelle vordringen, wo er seine Frau zuletzt verlassen hatte.

(Wie unser Korrespondent in Saskatoon an anderer Stelle mitteilt, wird er für die nächste Nummer des Courier einen ausführlichen Bericht über das furchtbare Brandunglück einsenden.)

Russisch-japanischer Vertrag

Kohlen und Oelkonzessionen für Japan

Peking, 26. Jan. — Der Vertrag zwischen Japan und Rußland, der von den Vertretern beider Mächte hier unterzeichnet wurde und die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vorsieht, besteht aus sieben Paragraphen.

In einem derselben erkennt die Sowjetregierung die Gültigkeit des japanisch-russischen Friedensvertrages von Portsmouth an, doch hat dem Vernehmen nach die Moskauer Regierung für die Durchführung der einzelnen Vertragspunkte keine Verantwortung übernommen.

Alle anderen zwischen Japan und Rußland vor dem Jahre 1917 abgeschlossenen Verträge werden in einer in der nächsten Zukunft abzuhaltenden Konferenz revidiert oder ganz aufgehoben werden.

Rußland und Japan geben sich in dem neuen Uebereinkommen das gegenseitige Versprechen, ihre Staatsbürger davon abzuhalten, irgend welche Handlungen zu begehen, die die Ordnung und Sicherheit des anderen Landes gefährden könnten.

Keine der beiden Vertragsparteien wird in ihrem Territorium die Existenz von Organisationen zulassen, die vorgeben, die Regierung eines Teiles des Territoriums der anderen Vertragspartei zu repräsentieren. Dasselbe bezieht sich auf Ausländer, die für derartige Organisationen tätig sein sollten.

Die Sowjetregierung erklärt sich bereit, Japanern Kohle- und Oelkonzessionen zu vorteilhaften Bedingungen für eine Periode von 40 bis 50 Jahren zu überlassen, ebenso das Recht der Ausbeutung von Oelfeldern. Die Abgaben aus diesen Konzessionen an die Sowjetregierung wurden für Kohle auf 8 Prozent, für Oel auf 5 bis 15 Prozent und für eine besonders ergiebige Oelquelle auf 15 Prozent vom Reinertrag festgesetzt. Für die Einfuhr aller zur Ausnutzung der Konzessionsrechte erforderlichen Materialien wird von der Sowjetregierung zollfreie Einfuhr bewilligt.

In dem Vertrag wird für das Massaker in Nikolajewsk im Jahre 1920, wobei viele Japaner ihr Leben verloren, von der Moskauer Regierung das aufrichtige Bedauern zum Ausdruck gebracht.

Die Japaner verpflichten sich, Sachalin bis zum Mai 1925 zu räumen, doch werden ihnen dort von der russischen Regierung Fischereigerechtsame, Kohlen- und Oelkonzessionen und das Schürfrecht auf die Dauer von 5 bis 40 Jahren gewährt.

Bezüglich der von der früheren Regierung Rußlands in Japan aufgenommenen Anleihen hinsichtlich aller privaten Ansprüche Japans werden in späteren Konferenzen separate Abmachungen getroffen werden.

Der neue Vertrag sieht unter anderem auch die Revision des Fischereiübereinkommens vom Jahre 1907 und den Abschluß eines Handels- und Schiffahrtsvertrages vor. Als Grundsätze für die letztere Konvention sollen volle Bewegungsfreiheit, das Prinzip des Privateigentums und eine Klausel, die beiden Mächten gegenseitig das Recht einer meistbegünstigten Nation einräumt, gelten.

Zwischen dem japanischen und dem russischen Vertreter wurden auch Noten über die Fortsetzung der von den Japanern in der nördlichen Hälfte der Insel Sachalin unternommenen Arbeiten ausgetauscht.

Vertrauensvotum für Dr. Luther

Neuer Reichskanzler bekennt sich zur Republik. — Zentrumspartei gewährt nur bedingte Unterstützung.

Berlin, 26. Jan. — Reichskanzler Dr. Luther erklärte im Reichstag in Erwiderung auf die Kritik seines Kabinetts und seiner Regierungsprogramms während der Debatte, daß sein Kabinett einmütig beschlossen habe, an der bestehenden republikanischen Regierungsform festzuhalten. Er wolle dem deutschen Volke gleich von Anfang an klar machen, daß sein Kabinett allen Fragen gegenüber, die dazu angetan seien, eine Spaltung in der Nation hervorzurufen, eine durchaus feste Haltung bewahren wolle. Dabei wolle die Regierung im Geiste des Artikels 118 der Reichsverfassung verfahren, der dem deutschen Bürger das Recht des freien Meinungsausdrucks innerhalb der gesetzlichen Grenzen zugesteht.

Der Reichskanzler sagte, sein Kabinett sei keine sogenannte Koalitionsregierung, aber es beruhe auf einer breiten, parlamentarischen Grundlage und wolle durch unparteiische, an keine Parteipolitik gebundene und von patriotischem Pflichterfüllung das Vertrauen des Reichstages gewinnen und behalten.

Das Kabinett des neuen Reichskanzlers Dr. Hans Luther wurde daraus mit 246 gegen 160 Stimmen vom Reichstag bestätigt. Ein Antrag, das Programm der neuen Regierung gutzuheißen, wurde von den 100 Sozialisten und Kommunisten bekämpft, während sich 39 demokratische und völkische Abgeordnete der Abstimmung enthielten.

Mit Ausnahme des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth und mehrerer anderer Mitglieder der Partei, welcher Dr. Wirth angehört, stimmte das Zentrum für Bestätigung des neuen Kabinetts. Obwohl die Mehrheit von 80 Stimmen, die im Reichstag für Bestätigung des neuen Kabinetts abgegeben wurden, das Letztere bis zu einem gewissen Grade sicherstellen, so ließ die Abstimmung doch erkennen, daß dasselbe im Reichstag auf schwachen Füßen steht und daß das Zentrum die Entscheidung in den Händen hat, und der Führer der Zentrumspartei gab in seiner Rede zu verstehen, daß man sich probeweise mit dem Kabinette zufrieden gebe, da man für den Augenblick die Sachlage nicht zu ändern vermöge.